

Vossener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 95.

Sonabend, 25. Februar

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Wien 14 Ekr., für ganz Österreich 1 Ekr. 24 Ekr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Ekr. die fünfgesaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Wien
außer in der Expedition
bei Knapsh (C. H. Ulrich & Co.)
Breitegasse 14;
in Gießen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedbergstr. Ecke 4;
in Gießen bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. J. Paube & Co.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Knapsh (C. H. Ulrich & Co.)
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hansen & Vogler;
in Berlin:
A. Heilmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahl.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 24. Februar. Die Elbe ist mit Treibeis bedeckt, die Dampfschiffahrt jedoch nicht gehindert. Aus Brunsbüttel wird von heute Morgen gemeldet, daß das Fahrwasser eisfrei sei.

Bremen, 24. Februar. Wie aus Braake gemeldet wird, ist die Weser hier vollkommen eisfrei. — Die in hiesiger Stadt befindlichen französischen Geiseln sind zufolge telegraphischen Befehls aus Versailles heute sämtlich in Freiheit gesetzt worden.

Karlsruhe, 23. Februar. Wie verlautet, beabsichtigt der Großherzog unmittelbar nach dem Einzuge in Paris und der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien, hierher zurückzukehren. Auf seiner Rückreise nach Berlin werde Kaiser Wilhelm dem badischen Hofe einen Besuch abstatten. König Ludwig von Bayern werde zur Begrüßung der Kaiserin alsdann hier erwartet.

Stuttgart, 24. Febr. Der König ist heute Mittag nach Versailles abgereist, um dem kaiserlichen Hauptquartier einen Besuch abzustatten und die württembergischen Truppen zu inspizieren. In seiner Begleitung befinden sich der Kriegsminister v. Sadow, die Generale Freiherr v. Spixberg und Graf v. Goltz, ferner die Adjutanten Oberst Graf v. Pückler-Limpurg, Oberleutnant v. Galtberg, Oberleutnant v. Fränking, Rittmeister v. Baldinger. Die Abwesenheit des Königs dauert voraussichtlich bis 5. März.

Paris, 23. Februar. Wie berichtet wird, hat Thiers Veranlassung genommen, bei den Verhandlungen in Versailles sich mit Lebhaftigkeit gegen die Eventualität eines Einmarsches der Deutschen Truppen in Paris auszusprechen. Thiers soll darauf hingewiesen haben, daß der Einmarsch zu Gewaltthatigkeiten seitens der Pariser Bevölkerung Anlaß geben könnte. Dem „Français“ zufolge waren im Studentenviertel Plakate angebracht, welche die Aufforderung enthielten bei dem Einmarsch der Deutschen noch einen letzten Verzweiflungskampf zu wagen.

Paris, 23. Febr. (Auf indirektem Wege.) Die Stadt ist vollkommen ruhig. In Folge bedeutender Mißbrände hat der Maire von Paris alle Sendungen von Steinkohlen mit Beschlagnahme belegt und die Beaufsichtigung des Verkaufes von Steinkohlen selbst zu Industriegewerken angeordnet. Die Preise der Lebensmittel sind bedeutend gesunken. In den Hallen des zentralen Marktes heute ein halbes Kilogr. Ochsenfleisch 1—2 Frs., Hammelfleisch 1 Frs., Speck 1 1/2 Frs., Butter 1 1/2 bis 2 Frs., ein Ei 2 Sous, eine Taube 1 Frs., ein Huhn 4 Frs., ein Kaninchen 4 Frs., ein Decalitre Kartoffeln 1 1/2 Frs. Fische wurden wohlfeil verkauft. Der Präfect von Metz, Graf Hensel v. Donnersmark, und der Geh. Kommerzienrath Bleichröder sind heute Nachmittag von Versailles hier eingetroffen, um bezüglich der Kriegskostenentschädigung zu verhandeln.

Bordeaux, 23. Februar. Die Friedensbedingungen sind durch die beiderseitigen Bevollmächtigten vollständig festgelegt. Der einzige noch vorhandene Streitpunkt betreffs der Garantien für die zu gewährende Entschädigung wird wahrscheinlich im Laufe des Tages beigelegt und der Traktat heute Abende parafirt werden.

Bordeaux, 23. Februar. (Auf indirektem Wege.) Der „Courrier de la Gironde“ veröffentlicht einen Brief des Prinzen Joinville an den Präsidenten Grövy vom 20. d., — jedoch ohne Angabe des Aufgaborts, — in welchem derselbe erklärt, daß er bereits abgereist sei, um die durch das ihm erteilte Mandat auferlegten Pflichten zu erfüllen; da er jedoch erfahren, daß die Prüfung seiner Wahl noch hinausgeschoben, wolle er vorab die Entscheidung der Nationalversammlung hierüber abwarten. Von dem Herzog von Aumale soll ein gleichlautender Brief eingetroffen sein.

Brüssel, 23. Febr. Gegenüber den Mittheilungen des „Etoile Belge“ über die Anerkennung der neuen französischen Regierung durch Belgien, schreibt das „Journal de Bruxelles“: Sobald die belgische Regierung von dem Votum der Nationalversammlung zu Bordeaux, durch welches Thiers zum Chef der Republik ernannt wurde, Kenntnis erhalten hatte, beauftragte dieselbe die belgische Gesandtschaft, mit der neuen Regierung in offizielle Beziehungen zu treten. Eine amtliche Notifikation des Austritts der neuen französischen Regierung ist indessen dem belgischen Kabinett noch nicht zugegangen. — Der „Indépendance Belge“ zufolge ist Admiral Penhoat zum Chef der Bojesen-Armee ernannt.

London, 24. Februar. Aus Versailles von heute wird hier telegraphirt: Durch kaiserlichen Befehl ist der durch die Deutschen besetzte Theil des Departements Calvados der Verwaltung des Generalgouvernements für Nordfrankreich (in Versailles) unterstellt worden. — Thiers wird heute Mittag wieder hier erwartet. Paris ist ruhig. — Im Oberhause bespricht Lord Carnarvon die englischen Verteidigungsanstalten und bezeichnet die von Cardwell eingebrachte Vorlage als theils übertrieben, theils unzureichend. Es sei in derselben keine Garantie für die Dauer der zu treffenden Einrichtungen gegeben, da dem Parlamente in der nächsten Session die Möglichkeit offen stehe, Abstriche am Budget vorzunehmen. Carnarvon tadelt die früher erfolgte Verminderung der Artillerie, beklagt den Mangel an Geschützen und an Pulvervorräthen. Die Regierung müsse die Fortifikationen vervollständigen und den strategischen Unterricht der Offi-

ziere verbessern. England sei für den Fall eines möglichen Krieges ungenügend vorbereitet. Lord Northbrook widerlegt die von Carnarvon gegen die frühere Militärverwaltung erhobenen Anklagen. Der Versuch, die britische Armee auf gleichen Fuß mit den kontinentalen Heeren zu stellen, erheische die Einführung des zangsweisen Militärdienstes, welcher dem englischen Volke in hohem Grade widerstrebe. Der Redner verteidigt die Vorlage Cardwells. Der Herzog von Cambridge erklärt, die von der Regierung beabsichtigte Modifikation der bestehenden Hereseinrichtungen der Einführung eines vollständig neuen Systems vorzuziehen. Zweck der Vorlage sei, die Vertheidigungskraft der Armee zu heben, insbesondere die Artillerie und Kavallerie bedeutend zu vermehren. Lord Richmond und Lord Grey sprechen sich gegen die Abschaffung des Stellenkaufes aus. — Im Unterhause passierte die Bill, betreffend die Abschaffung der kirchlichen Titel, die zweite Lesung. — Das auswärtige Amt veröffentlicht die in der römischen Frage geführte diplomatische Korrespondenz. In einer an den britischen Geschäftsträger in Rom, J. Severn, gerichteten Note vom 21. August erklärt Lord Granville, die Regierung wünsche nicht, daß der Papst Zuflucht auf britischem Gebiet suche, und sie werde ihm nicht freiwillig ein Asyl anbieten, allein die Regierung würde nicht verweigern, daß der Papst Zuflucht auf einem britischen Schiffe nehme, und in diesem Falle erwägen, ob es zweckmäßig sei, ihm die Uebersiedlung auf britisches Gebiet zu gestatten. — Berichten aus Liverpool zufolge nimmt die Blatternseuche daselbst zu.

London, 24. Februar. Der „Daily-Telegraph“ läßt sich aus Versailles von gestern telegraphiren, daß mit Ausnahme der Kriegskostenentschädigung Alles geordnet sei. Deutschland fordere 2 Milliarden Thaler, Frankreich offerire 1 Milliarde Thaler. Deutschland soll geneigt sein, 3/4 Milliarden Thaler für die erhobenen Requisitionen, Kontributionen und als Antheil der Schiffe und Deutschlothringer an der französischen Staatsschuld nachzulassen. Wegen der alsdann noch nicht vereinbarten 1/4 Milliarde Thaler werde französischerseits Nachgeben erwartet.

Wien, 24. Februar. Die amtliche „Wiener Z.“ meldet: „Der Kaiser hat am 21. Februar den preussischen Gesandten General v. Schweinitz in besonderer Audienz empfangen und aus dessen Händen das Schreiben entgegengenommen, in welchem der König von Preußen für sich und seine Nachfolger die Annahme der demselben von den Fürsten und freien Städten Deutschlands übertragenen Kaisertitel des deutschen Reiches anzeigt.“ — Die offiziöse „General-Korrespondenz“ bezeichnet die von mehreren Blättern gemeldete Nachricht, die Regentenschaft von Serbien habe ein Memorandum betreffend die Annexion Bosniens nach Konstantinopel gerichtet, für gänzlich unbegründet. — In der heutigen Sitzung des Unterhauses legt der Finanzminister einen Nachtragskredit von 130,000 Gulden für den Dispositionsfond vor. Hierauf erfolgt die Debatte über die Steuerforterhebung. Die Abgeordneten Sturm, Giska und Reichbauer sprechen für den Aufschubantrag auf nur einmonatliche Bewilligung der Steuerforterhebung. Grocholski, Zybliewicz, Koz verteidigen die Regierungsanträge. Grocholski sagt, die Polen glauben, die Regierung wolle die Herstellung des inneren Friedens. Darauf erklärt der Ministerpräsident, eine zweimonatliche Bewilligung sei darin begründet, daß die Erledigung des Budgets kaum früher zu erwarten sei. Eine Regierung, welche die Verfassung beschwor, deren Festhaltung wiederholt betonte, den Reichsrath einberief, die böhmischen Nachwahlen ausrief, v. Schmerling zum Präsidenten des Herrenhauses ernannte, verdiene kein Mißtrauen. Der Ministerpräsident bezeichnet die Nachrichten über die angeblichen geheimen Regierungspläne als Sensationsnachrichten. Der Antrag Zybliewicz auf zweimonatliche Bewilligung wird darauf mit 77 gegen 59 Stimmen abgelehnt; der Aufschubantrag auf einmonatliche Bewilligung dagegen angenommen.

Wien, 24. Februar. Der Kaiser wird das ihm vom deutschen Kaiser zugegangene Handschreiben ehestens in freundschaftlicher Weise beantworten; das Schreiben soll das beste Einvernehmen beider Staaten dokumentiren. — Graf Daru ist zum französischen Gesandten in Wien ernannt worden. — Alle oberösterreichischen Städte werden die deutsche Siegesfeier legen. — Die hiesige spanische Gesandtschaft dementirt die Verhaftung Serranos.

Triest, 23. Februar. Der fällige Lloydampfer ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost heute Nachmittag 7 3/4 Uhr aus Alexandria hier eingetroffen.

Washington, 23. Februar. Präsident Grant empfing gestern Rossa und neun andere flüchtige Fenier.

Brief- und Zeitungsberichte.

Strasbourg, 19. Febr. Die hier internirten französischen Gefangenen, obgleich arbeitslos und gut behandelt, haben vergangene Nacht so große Erregung bezogen, daß die bewachenden Jäger genöthigt waren, zwei Schüsse, jedoch nur gegen die Decke, abzufeuern, um die Gefangenen in ihre Zimmern zurückzudrängen. In darauf folgenden Märschen erhielt ein Franzose, von dem das Gerücht geht, seinen Hauptmann auf dem Schlachtfelde zu haben, zwei Schüsse in den rechten Oberarm und einen Schuß in den Kopf und ein anderer angetroffener Franzose eine Verwundung am Halse. Aber auch aus dem Reihen der Gefangenen wurde ein Revolverbeschlag losgerissen und ein bairischer Jäger-freier Lebensgefährte in die Seite getroffen. Mehrere andere Soldaten wurden angedrückt durch die und Schüsse in den Rücken verlegt. Der Revolver wurde später aus einem der Fenster, nach Angabe des außer stehenden Wächters, in den

Strom geschleudert. Da die Untersuchung sehr schwierig zu führen ist, so wurde vom Landgerichtlichen Verfahren Umgang genommen und die der Körperverletzung und Aufruhrs Angehörigen dem ordentlichen Verfahren überwiesen.

Wien, 21. Febr. Die Rede, mit welcher Graf Hohenwart gestern im Abgeordnetenhaus debütierte, betont, daß er eine Ausgleichspolitik zu befolgen gedenkt und daß er über das System, nach welchem vorgegangen werden soll, vollkommen im Reinen ist. Die Bestrebungen des Grafen Potocki scheiterten bekanntlich daran, daß er die Ausgleichsverhandlungen nur in den Reichsrath verlegen wollte, welchen zu beschicken aber die czechischen Deklaranten entschieden verweigerten. Graf Hohenwart — meint ein wiener Korrespondent der „Nat.-Ztg.“ — geht einen andern Weg; er glaubt die Ausgleichsbasis darin gefunden zu haben, daß zwar der Wirkungskreis des Reichsraths nicht beschränkt, der Wirkungskreis der Landtage aber erweitert wird, indem letzteren das Recht eingeräumt werden soll, auch über solche Dinge, welche in die Kompetenz des Reichsraths fallen, Gesetze aus eigener Initiative zu schaffen, die jedoch erst mit Zustimmung des Reichsraths in Wirksamkeit gesetzt werden können. Graf Hohenwart glaubt damit den Weg zum Ausgleich gefunden zu haben. Wendert der Reichsrath zunächst die Verfassung dahin ab, daß die in sein Ressort fallenden Gegenstände auch von den Landtagen beraten werden können, so könnte dann der böhmische Landtag ganz so wie der ungarische Reichstag eine neue Verfassung ausarbeiten, über die man sich dann mit dem Reichsrathe zu vereinbaren hätte. Es sind die Ideen, welche Dr. Fiskhof in seinem bekannten Buche ausgesprochen hat, von denen sich das Ministerium Hohenwart leiten läßt; in jenem Buche wird bekanntlich auch die Uebertragung der ungarischen Komitatsinstitutionen in gemilderter Form auf Oesterreich warm empfohlen. Ob Graf Hohenwart damit größeren Erfolg haben wird, als seiner Zeit Graf Potocki, ist abzuwarten. Viel versprechend sind die Aussichten nicht, wenn man bedenkt, daß die Czechen den Interessen der Gesamtheit nicht im Mindesten Rechnung tragen und den geraden Weg der Verfassung auf das Entschiedenste perhorresziren. Mißlingt auch dieser Versuch, dann wird der Zustand der Unwissenheit und Unsicherheit nur verschlimmert, während das österreichische Staatsbewußtsein dabei unmöglich Fortschritte machen kann.

Wien, 20. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses hatte der Ministerpräsident Graf Andrassy u. A. auch eine Interpellation des Abg. Franyi, des Intervention Oesterreichs zwischen Deutschland und Frankreich betreffend, zu beantworten. Andrassy sagt:

Ich hoffe, der Herr Abgeordnete würde daraus, daß ich bisher nicht antwortete, ersehen, daß ich eine Debatte über diesen Gegenstand überflüssig halte. Da aber der Herr Abgeordnete neuerdings eine Antwort urgt und seine Prinzipien gegenüber den bezüglichen Petitionen einreichen, so will ich nun kurz antworten. Wenn der Herr Abgeordnete die Ereignisse in Europa mit Aufmerksamkeit verfolgt, so muß er die Ueberzeugung gewonnen haben — schon aus der englischen Chronik — daß eine Intervention selbst in dem Falle, daß eine dritte Macht von beiden Theilen aufgefordert würde, nicht gut thutlich ist; denn selbst in diesem Falle sieht dieselbe der Gefahr aus, von beiden Seiten zurückgewiesen zu werden; aber ganz unzumuthig wäre eine solche Intervention, wenn sie von keinem Theile gewünscht würde. Da jetzt eben Friedensverhandlungen begonnen haben und zwar mit größerer Aussicht auf Erfolg als bisher, so halte ich jede Antwort, nach welcher Richtung immer, für inopportun und hoffe, der Herr Abgeordnete werde es der Regierung überlassen, wie und wann sie in dieser Sache nützliche Dienste leisten kann. (Lebhafter Beifall.)

Genf, 14. Febr. Hier sammelt sich, wie die „Basl. Nachr.“ schreiben, ein Legion von Kronpräsidenten, Prinzen, Grafen u. Heinrich V. wohnt unter dem Namen eines Mr. Aubry in Grand Sucomur bei Genf (soll neulich in Brüssel gesehen worden sein); Isabella von Spanien im Hotel de la Vair; ihr gegenüber wohnt Marfort; die Prinzessin Clotilde im Hotel de la Metropole; Prinz Napoleon, der einen Theil von Prangins verläßt hat, geht ab und zu; der Herzog Karl von Braunschweig wohnt im Hotel de la Metropole.

Bern, 20. Febr. Das dem Bundesrathe von General-Lieutenant v. Roeder übergebene Schreiben, welches die offizielle Anzeige von der Annahme der deutschen Kaiserwürde enthält, lautet wörtlich wie folgt:

Herr Präsident! Ich benachrichtige Sie hierdurch, daß, nachdem Deutschlands Fürsten und freie Städte mit einmüthiger Ersucht, bei Wiederherstellung des deutschen Reiches die Kaiserwürde zu übernehmen, ich es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet habe, diese Würde mit Dank für das mir von den Fürsten Deutschlands und meinen andern Bundesgenossen kund gegebene Vertrauen für mich und meine Nachfolger auf Preussens Thron anzunehmen. Indem ich die zuversichtliche Hoffnung hege, daß es mir unter Gottes gnädigem Beistande gelingen werde, die mit der kaiserlichen Würde verbundenen Pflichten zum Velle Deutschlands zu erfüllen, erlaube ich Sie, Herr Präsident, dieses Ereigniß zur Kenntnis der Bundesregierung der schweizerischen Eidgenossenschaft mit der Versicherung zu bringen, daß ich auch ferner den lebhaftesten Antheil an der Wohlfahrt der Schweizlande nehmen werde. Geben Sie der Eidgenossenschaft den Ausdruck meiner fortwährenden freundschaftlichen Gesinnungen zu erkennen und empfangen Sie selbst, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichsten Achtung. Versailles, 29. Jan. 1871. Wilhelm. Gg. Bismarck.

Basel, 19. Febr. Die Bourbaki'sche Armee hat uns zuletzt noch eine Bescherung gebracht, die vielleicht mit weit größerer Besorgnis betrachtet wird, als 85,000 Internirte: die Rinderpest ist an der waadtländisch-neuenburger Grenze ausgebrochen. Schon vor einigen Tagen brachten die Blätter die Nachricht, daß sie in Pontarlier sei, eingeschleppt durch das Vieh, das der französischen Armee nachgeführt wurde. Heute bringt ein Neuenburger Blatt die Meldung, daß das Vieh in Pontarlier zu Hunderten megestorbe und schon gestern telegraphirten die Regierungen von Waadt und Neuenburg von dem Aus-

